

Steigbügelhalter der Gewalttätigen?

Maos Rezept: „Politische Macht aus Gewehrläufen“

Die Angriffe auf Präsident Johnson wegen seiner Vietnam-Politik werden immer heftiger. Vor allem auf der Linken — aber auch auf der Rechten. Vor allem in Amerika — aber auch in Europa. Das Thema ist so befrachtet mit Emotionen, daß beide Seiten es als Verrat empfinden, wenn man versucht, kühl und rational zu analysieren, anstatt mit heißem Herzen Stellung zu beziehen.

Am Vietnam-Krieg scheiden sich die Geister. Die einen halten jeden für reaktionär, der diesen Krieg nicht a priori als ein verbrecherisches Beginnen verurteilt; die anderen halten jene für illusionäre „Spinner“, die sich mit humanitären Gesichtspunkten aufhalten, anstatt, wie es heißt, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

Auch für die Chinesen ist Vietnam ein Testfall. Ein Testfall für die neue Art von Kriegführung, wie Marshall Lin Piao, der nunmehr so sichtbar von Mao zum Lieblingsjüngling und Nachfolger erkorene Verteidigungsminister, in seinem richtungweisenden Aufsatz im September vorigen Jahres feststellte. In diesem Aufsatz, der als das offizielle chinesische Programm des revolutionären Krieges im Weltmaßstab betrachtet wird, sagte er, die USA hätten Südvietnam zum Versuchsfeld für die Unterdrückung von Volkskriegen gemacht. Und er prophezeite: Je höher die Amerikaner die Eskalation treiben, desto tiefer werden sie fallen, desto vollständiger wird ihre Niederlage sein. Woraus er dann die Schlußfolgerung für den Testfall zieht: „Die Völker in anderen Teilen der Welt werden dann noch deutlicher sehen, daß der US-Imperialismus geschlagen werden kann und daß das, was das vietnamesische Volk kann, sie auch können.“

Volkskriege unterdrücken zu wollen, ist in den Augen der chinesischen Führer eine Sünde wider den Heiligen Geist der Revolution. Der schwerer Vorwurf, den Maos präsumtiver Nachfolger erhebt, lautet, die Amerikaner wollten auf jede nur erdenkliche Weise versuchen, die revolutionäre Flamme des Volkskrieges auszulöschen. Und empört heißt es weiter: „Die Chruschtschow-Revisionisten helfen dabei mit. Die beiden konspirieren zusammen, um Volkskriege zu verhindern und zu sabotieren.“ Und das ist natürlich für jemand, der es, wie Lin Piao, für das wichtigste hält, „jeden zum Soldaten zu machen und Bürgerkriege zu führen“, unverzeihlich.

Auch die liberalen Zeitungen Englands, der Observer, der Economist, der Guardian, kommentieren die Herausstellung gerade Lin Pios als Nachfolger Maos voller Sorge. Längst mußte man befürchten, daß die gigantische Mobilisierung aller Emotionen, die seit Monaten in China betrieben wird — die größte Massenveranstaltung hat jetzt eine Million Menschen zusammengebracht und sieben Stunden gedauert — nur die Radikalisierung fördern werde.

Die gleiche Wirkung hat auch die jedes herkömmliche Vorstellungsvermögen übersteigende Säuberungsaktion, die in großen Wellen über das ganze Land läuft. Nicht ein paar Dutzend oder ein paar Hundert gefährliche Rivalen oder Abwechler werden ausgemerzt, es sind mittlerweile viele Tausende. Entfernt wird jeder, der Leistung, Vernunft und Können höher bewertet als das richtige politische Bewußtsein. Und das richtige politische Bewußtsein ist das, was Mao lehrt und was Lin Piao so einprägsam formuliert.

Vor ein paar Tagen fragte die „Pekinger Volkszeitung“ zögernd und ein wenig besorgt, ob man nicht bei Wissenschaftlern gelegentlich ein Auge zudrücken müsse, weil China sonst womöglich in der Forschung ins Hintertreffen geraten werde. Tags darauf antwortete die Armeezeitung: Nein und abermals nein, keine Gnade für die Wissenschaftler. Mit anderen Worten: Alle an führender Stelle Stehenden, die normal denken, arbeiten und urteilen, werden entfernt — übrig bleiben die Radikalen.

Ein 700-Millionen-Volk unternimmt es, einen neuen Menschen zu züchten. Noch nie ist irgendwo in der Welt ein ähnlich verwegenes Experiment unternommen worden. Der neue Mensch soll ein „Allzweck-Mensch“ sein: Arbeiter, Bauer, Soldat, Wissenschaftler zugleich. Alle Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauer sollen aufgehoben werden. Studenten und Wissenschaftler werden in die Landwirtschaft gesteckt, Industriearbeiter müssen in Freizeit-Universitäten studieren, und alle miteinander sollen zu Soldaten erzogen werden.

Ein Landwirt, den ich kannte, träumte einst davon, ein eierlegendes Wollschwein zu züchten. Das ist, verglichen mit diesen hochgesteckten Zielen, ein geradezu kleinbürgerliches Ideal.

Vor dem Hintergrund dieser gigantischen Mobilisierung eines 700-Millionen-Volkes findet Lin Pios Versuchskrieg in Vietnam statt. „Heute sind die Bedingungen, um Volkskriege zu führen, günstiger als je zuvor“, meinte er. Die Alternative lautet also nicht: den Vietnam-Krieg führen oder in Frieden leben und keinen Krieg füh-

ren; sie lautet sehr wahrscheinlich: diesen einen Krieg führen statt vieler anderer.

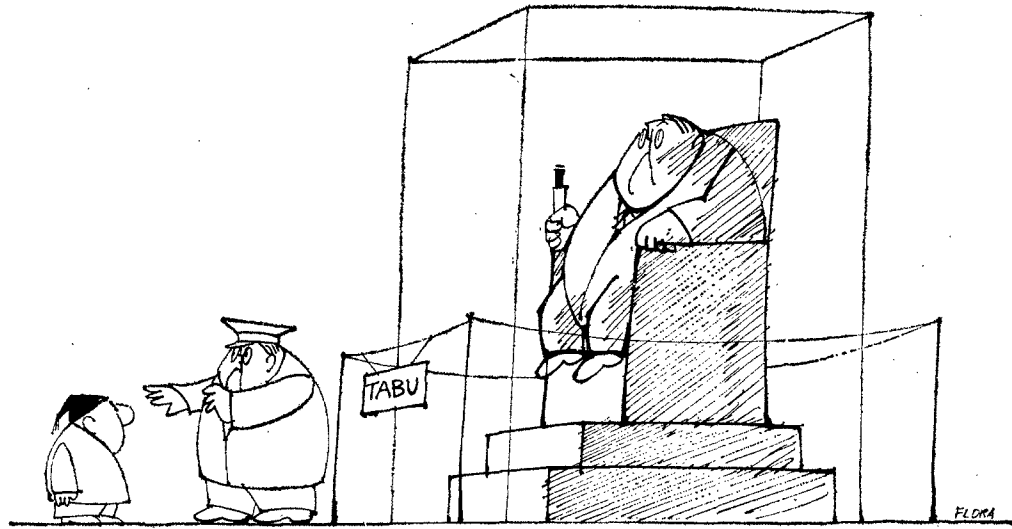
Zwar gibt es keine Garantie dafür, daß dieser eine Krieg alle anderen überflüssig machen wird. Aber umgekehrt steht fest, daß, wenn dieser eine nicht geführt wird, die revolutionäre Flamme des Volkskrieges, von der Lin Piao schwärmt, viele andere entzünden wird. Walter Lippmann kontert, man sei schon 1914 in den Krieg gezogen mit der Devise: a war to end war, und dennoch sei auf den Ersten Weltkrieg der Zweite gefolgt. Historische Parallelen sind nie eindeutig, aber mindestens ist doch die Frage legitim, ob der Zweite Weltkrieg wirklich ausgebrochen wäre, wenn der Westen Hitler schon 1936 bei der Rheinlandbesetzung entgegengetreten wäre.

Wie sieht dagegen das amerikanische Vietnam-Konzept aus? Zuletzt hat Präsident Johnson es am 12. Juli in seiner Rede in Sulphur Springs erläutert. Er sagte: „Wir versuchen nicht, Nordvietnam auszuradieren. Wir versuchen nicht, sein Regierungssystem zu ändern. Wir versuchen nicht, permanente Stützpunkte in Vietnam zu errichten. Und wir sind nicht bestrebt, uns auch nur einen Quadratmeter neuen Gebietes anzueignen. Warum aber sind wir dann dort? Weil wir versuchen, die nordvietnamesischen Kommunisten daran zu hindern, auf ihre Nachbarn zu schießen. Weil wir versuchen zu beweisen, daß ihre Aggression sich nicht auszahlt...“

Hält man diese beiden Selbstinterpretationen — die Lin Pios und Lyndon Johnsons — für zutreffend, dann wundert man sich über diejenigen, die so sehr dem Klischee vertrauen: Wer Krieg führt, ist ein Kriegsverbrecher, daß sie nicht mehr analysieren. Sie verhalten sich wie der Hund in Pawlows Experiment.

Eigentlich müßte ihnen zu denken geben, daß die anderen Asiaten sich viel weniger über die amerikanischen Bomben in Vietnam entrüsten als viele Amerikaner oder Europäer. Der Grund ist nicht schwer zu ermitteln: Sie sind froh, daß das drohende Übergewicht Chinas durch die Präsenz der Amerikaner ein wenig wettgemacht wird. Die Inder, die ganz davon durchdrungen waren, daß Gewaltlosigkeit die beste Waffe sei, haben im Oktober 1962 eingesehen, daß man mit dieser Weltanschauung gegen die Chinesen nichts ausrichten kann. Jedenfalls nicht gegen die Chinesen Maos, der da lehrt: „Die zentrale Aufgabe und die höchste Form der Revolution ist es, die Macht mit Waffengewalt zu ergreifen und die Angelegenheit durch Krieg zu erledigen.“ Und die Japaner, die durch das Erlebnis von Hiroshima zu so fundamental überzeugten Pazifisten geworden waren, daß sie als einziges Volk der Welt in ihrer Verfassung die Achtung des Krieges verankerten, beginnen jetzt sogar die Möglichkeit einer Atomrüstung zu diskutieren. Es ist also nicht zu leugnen: Dieser Krieg hat zwei Aspekte. Einmal den höchst beklagenswerten für das schwer leidende Vietnam, und zum anderen — mindestens in den Augen der Asiaten — einen sehr viel positiveren auf der größeren Bühne der Weltpolitik. Wer diesen Unterschied nicht sieht, wer sich auf die simple Faustregel verläßt, Krieg führen heißt Verbrechen begehen, und Verbrechen müsse man das Handwerk legen, der wird vielleicht eines Tages entdecken, daß er, ohne es zu wollen, zum Steigbügelhalter wurde für einen Mächtigen, dessen These lautet: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“

Das freilich wäre dann wirklich die List der Idee, wenn ausgerechnet die Friedliebenden den Gewalttätigen in den Sattel hülfe. Marion Gräfin Dönhoff



Verdächtiges Individuum

Nach Hassels Scheitern

Nur neue Männer können die alten Probleme bewältigen

Der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Inspekteur der Luftwaffe — die Generale Trettnor und Panitzki — haben durch ihren Protest gegen den Bundesverteidigungsminister eine Lawine ins Rollen gebracht. Sie wird nicht nur die Karriere der beiden Inspektoren unter sich begraben, sondern — wenn ministerielle Verantwortung in unserem Staat noch mehr ist als ein leerer Wahn — auch Hassel von seinem Amtssessel reißen.

Dem Kanzler wird jetzt die Entscheidung aufgezwungen, an Hassel festzuhalten oder ihn mit einem anderen Ministerium zu betrauen. Hassel würde dabei nicht das Opfer zweier Revolteure im Generalsrang, denn über diesen Leisten ist weder Trettnor noch Panitzki zu schlagen; er würde das Opfer seiner eigenen Unzulänglichkeit.

Die Fälle Trettnor und Panitzki haben die Führungskrise in vollem Ausmaß sichtbar gemacht. Das Verhältnis der militärischen Spitze zur übergeordneten politischen Führung ist zu tiefst gestört. Der Gegensatz zwischen Hassel und dem Chef der Luftwaffe hat sich nach einer langen, schwelenden Kontroverse wegen des Starfighters mit voller Wucht entladen. Das Versagen der Luftwaffenführung ist nicht mehr zu leugnen, aber es ist nur eine Seite der Starfighter-Tragödie mit ihren 61 Abstürzen. Das Ministerium ist der Bewältigung moderner Führungsprobleme, wie sie bei einem hochkomplizierten Waffensystem entstehen, einfach nicht gewachsen. Daraus müssen endlich Folgerungen gezogen werden, damit die Bundeswehr vor Schaden bewahrt wird.

Die Fälle Trettnor und Panitzki sind nicht gleicher Art. Sie ähneln einander freilich insofern, als sie beide erregende Symptome für eine höheren Orts in der Bundeswehr um sich greifende Stimmung des Unbehagens an der politischen Führung und der Verwaltung des Verteidigungsressorts sind, Symptome einer tiefen Resignation. Trettnors Abschiedsbegründung, daß er mit dem Ministererlaß nicht einverstanden sei, der den Soldaten gewerkschaftliche Betätigung erlaubt, ist nur ein Zipfelchen der vollen Wahrheit. Seine unerfüllt gebliebene Forderung nach dem Rang des Staatssekretärs vor allem war es, die sein Verhältnis zum Minister gebrüht hat.

Status-Probleme schossen ins Kraut. Das Zerwürfnis ist eine späte Folge der von Hassel stillschweigend hingenommenen und dadurch geförderten Entwicklung zum restaurativen Denken in der Bundeswehr. Eine ehrenvolle Trennung vom Generalinspekteur zur rechten Zeit wäre richtiger gewesen.

Das gilt auch für Panitzki. Er kam seiner Ablösung durch ein eigenes Gesuch zuvor. Sein unbotohmäßiges öffentliches Auftreten gegen den Minister, seine Vorwürfe wegen der unzulänglichen Behandlung der Starfighter-Misere sind eine bisher einzigartige Mißachtung des politischen Oberbefehlshabers durch einen General. So sehr man mit Panitzki fühlen mag, weil er sich vor Monaten sein Schweigen durch Zusagen hat abkaufen lassen, die nicht eingehalten wurden — Hassels blauer Brief war unannehmbar.

Die Probleme, die sich der Regierung und dem Parlament stellen, sind personeller und organisatorischer Art. Das Ministerium wird sich endgültig auf die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Großunternehmens einzustellen haben, auf ein Management amerikanischer Modells für komplizierte Waffensysteme. Hierfür sind Offiziere und Beamte wenig geeignet. Solches Management kostet allerdings Geld, Kürzungen des Wehretats werden dadurch unmöglich. Sind aber die Mittel begrenzt, so wird die Frage nach der Gesamtstruktur und auch nach dem Umfang der Bundeswehr gestellt werden müssen.

Vor allem müssen personelle Grundsatzfragen neu durchdacht werden. Wie weit haben wir uns eigentlich von den vorwärtsweisenden Ideen, die vor zehn Jahren den Aufbau der Bundeswehr mit geprägt haben, schon wieder entfernt? Ist die „Stunde Null“ wirklich genutzt worden? Wo ist der Geist der Reformer geblieben? Die Generale Kielmannsegg und Baudissin haben NATO-Positionen, nur de Maizières ist Inspekteur des Heeres. Und wo sind die Leute, die mit der neuen Technik wirklich vertraut sind? General Steinhoff, der selber Düsenmaschinen fliegt, zugleich auch wegen seines strategischen Gedankenbeitrags beachtet wird, wurde bisher fern von Bonn gehalten. Er schiene berufen, die Vertrauenskrise in der Luftwaffe zu überwinden.

Geeignete Militärs für die obersten Führungsstellen lassen sich leichter finden als Männer für den Ministerposten. Barzel, Lücke, Stoltenberg, Jaeger und Mende — die Aufzählung wirft ein Schlaglicht auf die Schwierigkeit der Besetzung gerade dieses Postens. Der Verteidigungsminister muß Vertrauen ausstrahlen, muß als Manager verwalten und als Oberbefehlshaber führen können. Als diplomatischer Vertreter der Streitkräfte muß er im Bündnis die Interessen der Verteidigungspolitik vertreten. Von ihm wird also die Kenntnis strategischer Zusammenhänge und verschiedener Denkschulen erwartet. Ihre Verzahnung mit der Abrüstungsproblematik muß ihm geläufig sein. Er soll sich überdies im Kabinett durchsetzen, im Bundestag seinen Mann stehen und möglichst in seinem Wahlkreis gewählt werden.

Nach dreieinhalb Jahren seiner Minister-tätigkeit bleibt kein Zweifel mehr: Hassel ist nicht der richtige Mann. Was auch alles zur Krise der Bundeswehr beigetragen haben mag — er hat die Verantwortung. Das ist die Kehre der Primats der Politik. Da Hassel die Krise nicht abzuwenden vermochte — wie sollte man da erwarten, daß er nun imstande sei, sie zu bereinigen?

Kurt Becker

Erhard kämpft

Heiße Tage stehen dem Kanzler an diesem Wochenende bevor — zunächst im Kabinett und gleich anschließend im Präsidium der CDU. Die schroffe Kritik führender Unionspolitiker an Erhards Regierungsführung hat den Kanzler eher verhärtet, ihn noch entschlossener gemacht, sich nicht aus seinem Amt drängeln zu lassen. Weder die wachsenden Zweifel an seiner Fähigkeit noch das dahinschwindende Ansehen des Regierungschefs in der Öffentlichkeit haben ihn in Depressionen gestürzt. Er verzehrt sich nicht in Resignation, ungebrochenes Selbstvertrauen erfüllt ihn. „Es soll erst mal einer kommen, der es besser macht als ich“, sagte er der Welt. Das deutet auf Kampf hin; denn der Unwille, der dem Kanzler in der eigenen Partei entgegenbrandet, ist ja keineswegs verebbt.

Freilich: Unter Erhards Kritikern und Gegnern gibt es zwar Kanzleraspiranten, aber nicht einen einzigen Kanzlerstürzer. Es gibt Frondeure, aber noch keine Fronde. Überdies ist Erhard ganz unerhofft Hilfe zuteil geworden. Er und Strauß sind nach ihrem Gespräch am Tegernsee wieder enger zusammengedrückt. So verschiedene Ziele und Visionen der beiden Vorsitzenden der Unionsparteien auch sein mögen, im Augenblick decken sich ihre machtpolitischen Interessen. Strauß drängt es nicht in ein Kabinett, das auch ihn verschleifen könnte. Nun, da ihm der Eintritt nicht mehr verwehrt wird, behält er sich einen günstigeren Zeitpunkt für die Übernahme eines Regierungsamts vor. Inzwischen vermag er sein Ansehen weiter aufzuhellen, denn Erhard kann sich solche Selbstbescheidung manches wirtschaftspolitische Zugeständnis an die CSU kosten lassen.

Wo der Kanzler nicht mehr weiß, wer alles den Dolch schon gezogen hat und auf wen eigentlich er sich noch verlassen darf, bleibt ihm wenigstens die Gewißheit, daß Franz Josef Strauß sich in diesen Tagen nicht gegen ihn erheben wird. Auf kurze Sicht gesehen ist der Kanzler daher vor einer Revolte geschützt. Auf lange Sicht jedoch bleibt alles offen. Be

Ulbricht — unzensuriert

Auch westlich der Elbe darf Ulbricht gelesen werden. Ein deutsches Gericht, die große Ferien-Strafkammer 1 des Hamburger Landgerichts, hat dies in einem Urteilsspruch jetzt festgelegt.

Das Landgericht lehnte den Antrag der Staatsanwaltschaft ab, Druckschriften mit dem Text einer Ulbricht-Rede (es ging darin um den Redneraustausch) zu beschlagnahmen. Wer die Deutschland-Politik beurteilen wolle, müsse — so heißt es in dem Urteil — „auch den Standpunkt, die Argumente, Ausflüchte und Polemiken der SED zur Kenntnis nehmen“.

Daß die Lektüre von Ulbricht-Texten oder SED-Auslassungen kaum der Erbauung, wohl aber der Information dient, sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Nicht so in diesem Staat, dessen Obrigkeit allzu eifrig bemüht ist, den Bürger vor schlechten politischen Einflüssen zu bewahren.

Auch ein demokratischer Staat muß sich schützen. Wenn aber der Staatsschutz das Informationsrecht abwürgt, wird zerstört, was zu allererst schutzwürdig ist: die Freiheit. Diese Einsicht spiegelt sich, klarer als im Spiegel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem Hamburger Spruch wider. H. G.

Gurks saure Zeit

Der Stuttgarter Landtagspräsident Gurk ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil er den drei Parteien die August-Rate für politische Bildungsarbeit nach dem Juli-Spruch des Bundesverfassungsgerichtes hat anweisen lassen. Die bösen Proteste brachten ihn zwar dazu, die Auszahlung der September-Rate zu stoppen, aber er bleibt dennoch dabei: seine Entscheidung sei „rechtlich und sozial“. Und er hat nicht einmal ganz unrecht.

Erstens läßt das Karlsruher Urteil die Frage offen, ob auch die Parteienzuschüsse aus Landesmitteln unzulässig sind; hier also muß man Gurk in der Tat das Benefiz des Zweifels gönnen. Zweitens ist seine Begründung, daß man wesentliche Teile der Parteienarbeit nicht ohne müßliche politische und soziale Folgen über Nacht hätte einstellen können, eine Übergangslösung als vertretbar erscheint, weit sympathischer als das freibeuterische Wort des CSU-Schatzmeisters Jauermann, man müsse „die Verfassungswirklichkeit über die Paragraphen stellen“. Drittens ist die schlitzohrige Handlungsweise des Bundesinnenministeriums, das den Bundestagsparteien ihre erst am Monatsanfang fälligen August-Subventionen noch rasch am 15. Juli überwieß, vier Tage vor der Urteilsverkündung, um vieles befremdlicher; sie mochte dem Landtagspräsidenten Gurk bei seiner eigenen Stillosigkeit das Gewissen erleichtern. Zumal — viertens — die Parteigelder in anderen Bundesländern schon für das ganze Jahr 1966 im voraus bezahlt worden sind und kein Mensch etwa an Rückzahlungen denkt.

Früher pflegte man zu sagen: In Berlin werden die Gesetze gemacht, in München werden sie gelesen, in Stuttgart werden sie ausgeführt. Diesem verhielt sich's anders — und prompt setzten sich die Stuttgarter in die Nesseln. Th. S.

DIESE WOCHE

Table listing contents for the week: Politik 1-5, Länderspiegel 6-7, Politische Woche 8, Feuilleton 9-12, Literatur 13-15, Theaterprogramm 12, Kritik und Information 16, Wirtschaft 17-28, Politisches Buch 29, Themen der Zeit 30, Welt im Wandel 31, Leserbriefe 32-33, Sport 34, Reise 35, Fernsehprogramm 36, Modernes Leben 37-38

- Haug von Kuenheim: Marienfelde — fünf Jahre danach (S. 2)
Kai Hermann: Anatomie eines Rufmordes (S. 3)
Richard Schmid: Gotteslästerung — ein Verbrechen? (S. 13)
Peter Rühmkorf: Lyrik auf dem Markt (S. 16)
Kurt Simon: Was kostet der Zivildienst? (S. 19)
Heinz Michaels: Ein Flugzeug für Europa... (S. 20)
Sandra Sassone: Hunger — von Beamten verwaltet (S. 30)
Bernd Schürmann: Bundesliga-Trainer zwischen Hosianna und Rausschmiß (S. 34)
Robert Lucas: Londons neuer Ruhm: in Chelsea geboren (S. 38)